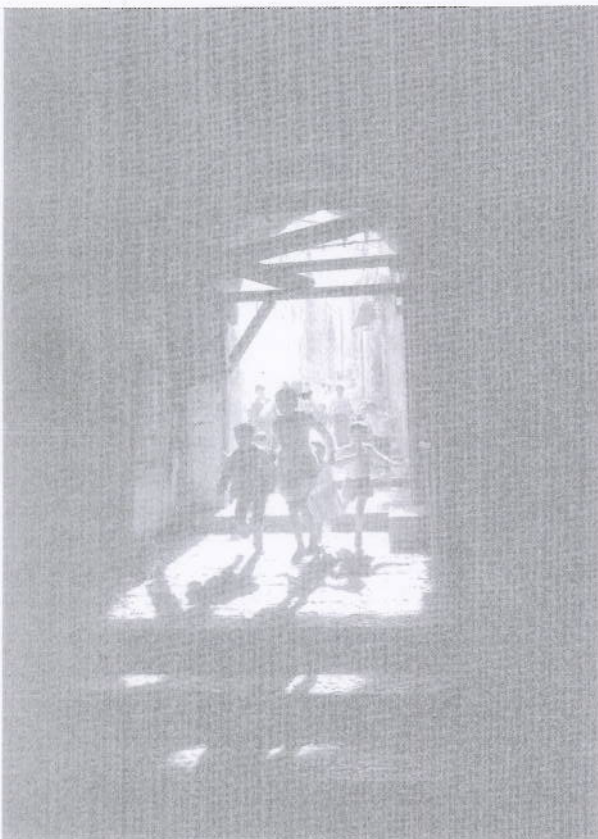


„WIE DIE MAUS IN DER Die Tatsachen des israelisch-palästinensischen



FALLE“ – Friedensprozesses

Der Friedensprozeß wird auch unter dem neuen israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanyahu weitergehen, aber zu völlig neuen Bedingungen, die weder für die Palästinenser, noch für die anderen arabischen Länder annehmbar sein werden. **Ludwig Watzal** beschreibt die Zukunft des israelisch-palästinensischen Friedensprozesses.



Wir sind aber weiterhin Zeugen eines im offiziellen Sprachjargon bezeichneten Friedensprozesses im Nahen Osten, der durch die Unterzeichnung der „Prinzipienerklärung über vorübergehende Selbstverwaltung“ vom 13. September 1993 in Gang gesetzt worden ist und der durch die Konkretisierungen im „Gaza-Jericho-Abkommen“ vom 4. Mai 1994 und dem „Israelisch-Palästinensischen Interimabkommen über die Westbank und den Gaza-Streifen“ vom 28. September 1995 ein weiteres Momentum erfahren hat. Aber an dessen Ende wird kein souveräner Palästinenserstaat in den Grenzen von 1967 stehen. Es mag zwar irgendein Gebilde geben, das wie ein Flickenteppich aussehen wird und das die Palästinenser dann „Staat“ nennen können, wenn sie es denn wollen. Was die Dokumente bewirkt haben, und dies ist unzweifelhaft ein großer, aber auch ambivalenter Fortschritt, ist, daß sie das internationale Koordinatensystem im Nahen Osten und die Bedingungen des bilateralen und multilateralen Konflikts von Grund auf verändert

haben. Der Konflikt wurde von der internationalen auf die bilaterale Ebene gehoben und muß zwischen zwei ungleichen Partnern ausgehandelt werden.

Die Bantustanisierung der besetzten Gebiete

Die unterzeichneten Dokumente sind nicht Ausdruck von politischer Emanzipation der Palästinenser, sondern symbolisieren eine dauerhafte politische und soziale Unterwerfung; sie sind hochgradig asymmetrisch. Wer den Prozeß aufmerksam verfolgt und die unterzeichneten Dokumente liest, stellt fest, daß die palästinensische Seite es war, die permanent nachgeben mußte. Wer glaubt, daß Israel bei den verbleibenden Streitfragen wie Jerusalem, die Siedlungen, die Flüchtlinge u.a. nachgeben wird, sollte aufmerksam die Reden und Interviews der israelischen Politiker lesen. Die Abkommen lassen vier von sechs Millionen Palästinenser unberücksichtigt, da die Rückkehr der Flüchtlinge von 1948 und 1967 kein Gegenstand der laufenden Debatten ist. Die palästinensische Führung hat sich in eine fatale Abhängigkeit von Israel gebracht. Arafat und sein Regime müssen für die Sicherheit Israels in den teilautonomen Gebieten sorgen. Die Umsetzung der diversen Abkommen sichert Israel die dauerhafte Herrschaft über die Gebiete, ohne, daß Israel das Odium einer Besatzungsmacht trifft; es herrscht durch palästinensische Stellvertreter. Die Vereinbarungen von Oslo, Kairo und Taba haben das palästinensische Problem nicht gelöst, sondern machtpolitisch erledigt. Der historische Rückschlag für das palästinensische Selbstbestimmungsrecht ist irreversibel, da er von der eigenen Führung initiiert worden ist.



Der Optimismus und die Euphorie kurz nach der Unterzeichnung der „Prinzipienklärung“ waren durchaus berechtigt, solange man den vollständigen Text der Vereinbarungen noch nicht kannte. Optimismus war auch deshalb angebracht, weil durch die Umgruppierung der Truppen erstmals seit 29 Jahren ideologische und praktische Positionen teilweise aufgab, die immer als irreversibel galten. Von dieser Aufbruchstimmung ist nichts mehr geblieben. Augenblicklich herrschen Frustration und Depression vor.

Niederlage der Palästinenser

Der durch die Abkommen erzielte diplomatische Erfolg Israels ist nur etwas geringer zu bewerten als jener der Staatsgründung von 1948. Die Niederlage der Palästinenser dagegen ist total. Sie haben den hundertjährigen Anspruch des Zionismus auf das „Land Israel“ (Eretz Israel) anerkannt, obwohl das Gebiet von den Israelis im Sechstage-Krieg vom Juni 1967 in einer „kriegerischen Besetzung“ gegen das Völkerrecht okkupiert worden ist.

In den Medien wird vom Gaza-Streifen, der Enklave Jericho und den sechs Städten der Westbank immer von „autonomen Gebieten“ gesprochen. Dies ist jedoch ein Euphemismus und eine Augenwischerei. In Wirklichkeit sind die Gebiete weiterhin indirekt unter israelischer Besetzung. Der Separationsprozeß zwischen beiden Völkern beruht auf einem Unterdrückungssystem. Die eher bedächtige „Neue Zürcher Zeitung“ vom 7. Juli 1995 nennt Arafat einen „Statthalter dieses selbstverwalteten Gefängnisses“. Arafats Sprecher, Marwan Kanafani, nennt „das erste Jahr Autonomie eine Riesenenttäuschung“. Dies ist auch nicht verwunderlich, weil das „Gaza-Jericho-Abkommen“ mit seinen zahlreichen Rück-, Kreuz- und Querverweisen als nicht umsetzbar gilt. Was in einem Satz zugestanden wird, nimmt der nächste schon wieder zurück. Das Abkommen vernebelt mehr, als es erhellt. Alle weiteren Konzessionen können

von Israel jeder Zeit rückgängig gemacht werden oder hängen von dessen Zustimmung ab, wie die Äußerungen von Netanyahu zeigen. Die sieben Annexe des „Interimabkommens“ lesen sich wie ein israelisches Diktat über die Palästinenser. Jede Einzelheit ist hier den Palästinensern vorgeschrieben worden. Nach diesem Abkommen ist Arafats Autonomiebehörde jetzt nichts weiter als eine von vielen Interessengruppen, wie z.B. die religiöse Shas-Partei, die mit der israelischen Regierung um jedes Zugeständnis feilschen muß.

Israelische Siedlungen und Militärverordnungen bestehen in Gaza und Westbank weiter

Israel wurde einen Teil des unregierbaren Gaza-Streifens los, ohne eine substantielle Konzession zu machen. Israel ist es gelungen, international den Eindruck zu erwecken, als handele es sich bei Gaza, Jericho und die anderen Städte in der Westbank um selbständige Gebilde. Dagegen sind ca. 40 Prozent des Gaza-Streifens und 70 Prozent der Westbank weiter unter israelischer Oberhoheit; keine Siedlung wurde aufgelöst, sie sind exterritorial. Sie unterliegen ausschließlich israelischer Jurisdiktion, auf dem Rest des Gaza-Streifens tummeln sich über 934.000 Palästinenser. Alle Militärverordnungen bestehen weiter, neue sind hinzugekommen, und die PLO muß sie umsetzen und darf ohne die Zustimmung Israels keine Verordnungen erlassen, die den Militärverordnungen widersprechen. Israel hat das alleinige Sagen, was die Außenpolitik, die Großprojekte der Wirtschaft und die Belange der Sicherheit angeht. Selbst im wirtschaftlichen Bereich kann die palästinensische Autorität keine Gesetzesänderungen eigenständig durchführen, weil diese vom gemeinsamen israelisch-palästinensischen Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit verabschiedet werden müssen. Das Land kann jederzeit die Gebiete insgesamt – oder jede Autonomieinsel für sich – abriegeln, was seit den Terroranschlägen vom Februar und März auch mehrfach geschehen ist. Dadurch sitzen die Palästinenser wie die Maus in der Falle. Was ist eine Autorität wert, die noch nicht einmal über die Ein- und Ausreise seiner

Das Alltagsleben hat sich für viele Palästinenserinnen und Palästinenser seit dem Beginn des Friedensprozesses sogar verschlechtert.



eigenen Bevölkerung entscheiden kann? Wie sagte Edward Said, Professor für vergleichende Literaturwissenschaft, zu Recht in einem Interview mit der „Los Angeles Times“ vom 20. Oktober 1994: „In der Zwischenzeit wurden wir bestenfalls ein Bantustan und schlimmstenfalls ein israelisches Protektorat.“

Arafat: Sicherheit für Israel, Menschenrechtsverletzungen an Palästinensern

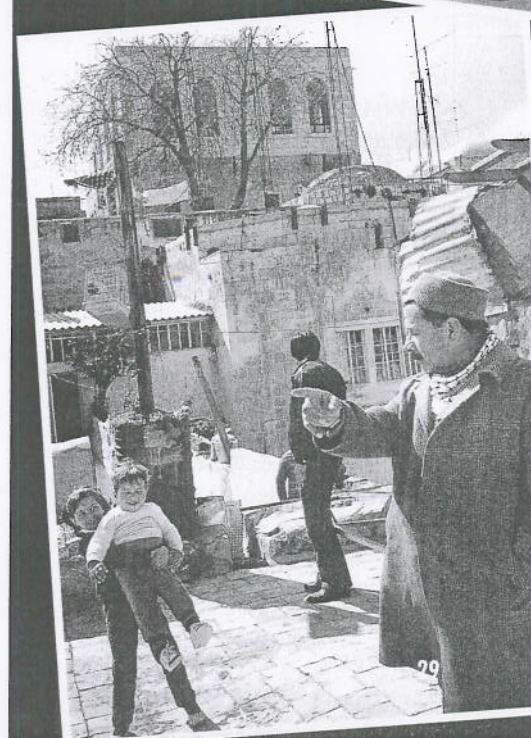
Arafats einzige Rolle ist, die israelische Sicherheit zu garantieren. Dazu bedient er sich immer häufiger totalitärer Methoden. Seine Geheimdienste schüchtern Kritiker ein, bedrohen sie mit dem Leben und nehmen willkürliche Verhaftungen vor, wie die ehemalige Leiterin des „Palestine Human Rights Information Center“, Jan Abu Shakrah, die auf Anweisung von Arafat entlassen werden mußte, berichtete. Auch der Leiter der Menschenrechtsorganisation „Gaza-Center for Right and Law“, Rechtsanwalt Raji Sourani, wurde Anfang April 1995 seines Postens enthoben. Souranis einziger Verstoß war, Arafats „Staatssicherheitsgericht“ zu kritisieren, das auf Druck Israels und der USA eingerichtet werden mußte und unter mysteriösen Umständen Gericht hält. Ebenso spricht die zweimalige Verhaftung des angesehenen palästinensischen Psychiaters, Dr. Eyad al-Sarraj, wegen eines Interviews vom 6. Mai 1996 in der „New York Times“ Bände. Sarraj wurde im Gefängnis gefoltert. Nur aufgrund von heftigem internationalem Druck durch diverse Menschenrechtsgruppen und Individuen wurde er beide Male wieder freigelassen. Die verbleibenden palästinensischen Menschenrechtsorganisationen in der Westbank werden sich eines Tages nach der israelischen Besetzung zurücksehen, wenn sie erst Arafats Regime zu spüren bekommen.

Vom internationalen zum lokalen Konflikt

Nach der Unterzeichnung der Abkommen zwischen Israel und den Palästinensern fragt keiner mehr nach der Relevanz des Völkerrechts in diesem Konflikt. Es sei daran erinnert, daß Israel wi-

der das Völkerrecht fremdes Territorium besetzt hält und die einseitigen Maßnahmen Israels völkerrechtlich formal null und nichtig sind. Sowohl die Annexion Jerusalems und der Golanhöhen als auch die Siedlungen in den besetzten Gebieten widersprechen dem Völkerrecht. Da aber das Völkerrecht nur dort seine Anwendung findet, wo es von einer Macht durchgesetzt wird, wie dies im Falle des irakischen Überfalls auf Kuwait geschehen ist, braucht sich Israel keine Sorgen zu machen. Hätten die USA wirklich jemals ernsthaft gewollt, wären die UN-Resolutionen 242 und 338 umgesetzt worden. Sie hatten aber davon keine machtpolitischen Vorteile. Dagegen tun die USA alles, um die UN-Resolutionen, die den Palästinakonflikt betreffen, zu liquidieren, da es sich nach ihrer Meinung nicht mehr um einen internationalen, sondern nur noch um einen bilateralen Konflikt handelt, der in beiderseitigem Einvernehmen zu regeln ist. Was dies für die Palästinenser bedeutet, dürfte klar sein: Der machtpolitisch Schwächere hat nachzugeben, was auch geschieht.

Es sei noch auf die völkerrechtliche Lage des Konfliktes und die Auswirkungen auf diesen durch die Unterzeichnung der Abkommen hingewiesen. Die völkerrechtliche Position war für die Palästinenser sehr vorteilhaft. Sie hatten zwar die UN-Teilungsresolution 181 nicht anerkannt, und daraufhin haben die arabischen Armeen Israel überfallen, aber seit der „kriegerischen Besetzung“ jordanischen und ägyptischen Gebietes im Juni-Krieg von 1967 und der Verabschiedung der UN-Sicherheitsrats-Resolutionen 242 und 338 nach dem Yom-Kippur-Krieg von 1973 hatten die Palästinenser das Völkerrecht formal auf ihrer Seite. Aufgrund der „kriegerischen Besetzung“ von 1967 gilt ohne Vorbehalte die Vierte Genfer Konvention (VGK) von 1949, die u.a. den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten regelt, ebenso die Haager Landkriegsordnung von 1907, die die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges regelt. Israel vertritt gegen die Meinung aller Völkerrechtler und aller Internationalen Organisationen eine singuläre Position, und zwar



dahingehend, daß die VGK nicht anwendbar sei, da Jordanien und Ägypten keine Souveränität über die Westbank und den Gaza-Streifen gehabt hätten. Unabhängig von der Art der Souveränität gilt die VGK, gleichgültig, ob eine der Parteien „hohe Vertragsschließende Partei“ ist, wie es in Art. 2 der VGK heißt. Israel erkennt nur die humanitären Bestimmungen an, ohne zu sagen, welche diese sind. Da es sich bei der VGK um Völkervertragsrecht handelt, bedarf dies nach israelischem Rechtsverständnis der Übernahme in innerisraelisches Recht. Dies ist aber in bezug auf die VGK nicht erfolgt, obwohl das Land die VGK 1951 ohne Vorbehalte unterzeichnet hat.

US-Strategie: Europa vom Konflikt fernhalten

Durch die Unterzeichnung der Abkommen haben sich die Palästinenser einer für sie vorteilhaften völkerrechtlichen Position beraubt. Sie haben als Unterdrückte ihre Unterdrücker legitimiert. Zu dieser Strategie gehört auch das Votum des amerikanischen Senats, die US-Botschaft bis 1999 von Tel Aviv nach Jerusalem zurückzuverlegen. Präsident Bill Clinton ist derzeit nur noch dagegen, weil dies die arabischen Staaten als Affront betrachten würden, und dies negative Auswirkungen auf den „Friedensprozeß“ haben könnte. Die arabischen Länder sehen die USA schon lange nicht mehr in der Rolle des „ehrlichen Maklers“. Sie haben diese Rolle nie gespielt und falls doch, so haben sie sie unter Clinton sofort abgelegt. Eine pro-israelischere Regierung wie die augenblickliche hat es in den USA noch nie gegeben. Die USA tun auch alles, um die Europäer aus der Region fernzuhalten. Ihre Art „hands-off“-Politik ist eine Neuauflage der Monroe-Doktrin für den Nahen Osten, nach der sich die europäischen Mächte aus dieser Region herauszuhalten haben, weil dies alleiniges Interessensgebiet der USA ist. Die anderen Mächte sind höchstens als Geldgeber willkommen.

Das Interimabkommen als „Meilenstein“ in die Ghettoisierung?

Die Konzessionen, die die Palästinenser auch im Interimabkommen machen mußten, sprechen ebenfalls für die Unterwerfungsthese. „Das Schicksal des Abkommens hängt davon ab, wie effektiv die Palästinenser gegen den Terrorismus vorgehen“, so der Generalstabschef Amnon Shahak am 24. September 1995 in Yediot Aharonot.

So haben sich die israelischen Truppen vertragsgemäß vor den palästinensischen Wahlen aus den Städten Jenin, Nablus, Tulkarem, Kalkiliya, Ramallah und Bethlehem zurückgezogen. Sie bilden Zone A und werden 3,5 Prozent des Gebietes ausmachen. Selbst in dieser Zone können die palästinensischen Polizisten Israelis nicht verhaften oder einsperren „not in any circumstances“. Sie können nur nach dem Paß und den Autopapieren fragen. Bei gemeinsamen Patrouillen dürfen dies nur die Israelis. Die Zivilverwaltung wird auch auf die Palästinenser übergehen. Nach den palästinensischen Wahlen wollte Israel mit einer zweiten, umfassenderen Umgruppierung beginnen, die sich auf 18 Monate mit drei Abschnitten zu je sechs Monaten erstreckt. Zusätzliche Teile der Zone C werden in die Gewalt der Palästinenser übergehen, so daß das Gebiet unter palästinensischen Jurisdiktion nur solche Gebiete umfaßt, deren Status erst in den Schlußverhandlungen festgelegt wird wie Siedlungen, militärische Einrichtungen etc. Die Kontrolle über das Wasser wird Israel nicht abgeben; eine Regelung bleibt bis zu den endgültigen Status-Verhandlungen offen. Es gab keine Rückgabe von Wasserquellen. In einem Dreier-Ausschuß soll über die Erschließung neuer Wasserquellen in der Westbank verhandelt werden. Wichtig sind die Sicherheitskräfte zur Verhinderung von „Terrorismus und Gewalt“. Sie sollen 12.000 Mann umfassen. Auch hier werden die Israelis den Palästinensern die Hand führen. Es wurde ein gemeinsamer Sicherheitsausschuß einge-

richtet, der die Maßnahmen zwischen den palästinensischen und der israelischen Polizei koordinieren wird.

„Apartheits-Straßen“ im Westjordanland

Hebron bildet einen Sonderfall. Für die Sicherheit der etwas über 400 Siedler ist ausschließlich Israel zuständig. Die militärische Kontrolle in der Stadt wird zwischen Palästinensern und Israels aufgeteilt. Nur in einem Gebiet H-1, das auf der Karte Nr. 9 eingezeichnet ist, haben die Palästinenser alleinige Autorität, für alle anderen Gebiete müssen sie die Zustimmung des gemeinsamen Ausschusses einholen. Die übergreifende Sicherheit wird weiterhin von Israel gesichert. Selbst wenn das separate Straßensystem für die Siedler fertiggestellt sein wird, zieht sich das israelische Militär aus Hebron nicht zurück. Dieses separate – 400 km umfassende Straßensystem – wird für das gesamte Westjordanland gebaut. Warum baut man es, da doch am 4. Mai 1996 formal die Verhandlungen über den endgültigen Status begonnen haben? Die sogenannten „Friedensstraßen“ gleichen aber eher „Apartheits-Straßen“, da auf ihnen nur jüdische Israelis fahren dürfen.

In der sogenannten B-Zone liegen die 450 Kleinstädte und Dörfer. Die Zivilverwaltung wird an die Palästinenser übergeben. Es werden dort 25 palästinensische Polizeistationen errichtet. Die übergreifende Verantwortung und Sicherheit bleibt bei Israel, nur was ausschließlich die Palästinenser betrifft, kann die palästinensische Polizei alleine entscheiden. Sie kann sich auf den Straßen der Westbank ohne israelischen Verkehr frei bewegen, auf allen anderen Straßen bedarf es der israelischen Genehmigung.

In der sogenannten Zone C, sie macht 73 Prozent der Westbank aus, bleibt alles beim alten. Hier liegen die Siedlungen, und den Großteil der Westbank betrachtet Israel als Staatsland. Das Interimabkommen mit seinen Autonomieinseln kann von Israel jederzeit außer Kraft gesetzt werden, da Israel die Macht und das Recht hat, jede Insel völlig abzuriegeln. In dieser Zone werden

*„Die Palästinenser
haben ihrer eigenen
Bantustanisierung
zugestimmt.“*

nur solche Verantwortlichkeiten auf die Palästinenser übertragen, die nicht den endgültigen Statusverhandlungen vorbehalten sind. Für die neue israelische Regierung unter Netanyahu steht sowieso alles wieder zur Disposition. Weder will Israel sich aus Hebron noch aus der Zone C zurückziehen.

Wie irrelevant dieses Interimabkommen ist, wurde bereits durch einen Kommentar in „Ha`aretz“ vom 6. Juli von Meron Benvenisti, ehemaliger Vizebürgermeister von Jerusalem, deutlich: „Die Bezeichnung der Situation in den Gebieten als ‚Besetzung‘ beruht auf mehreren Bedingungen, und zwar auf der Übernahme der Hälfte des Landes in der Westbank, der Siedlungen in aneinandergereihten Blöcken, des Gebrauchs des meisten Wassers durch Israel, der wirtschaftlichen Ausbeutung, der Behinderung der palästinensischen wirtschaftlichen Entwicklung, des bürokratischen Terrorismus, der brutalen Gewalt und der totalen Unterdrückung jeglicher palästinensischer politischer Aktivität. Keine einzige dieser Bedingungen wird sich durch die erwartete Unterzeichnung des Interimabkommens ändern, außer der letzten. In den anderen Bereichen wird die israelische Kontrolle weniger direkt sein. Statt die Dinge selber zu regeln, werden ‚israelische Verbindungsoffiziere‘ hinter den palästinensischen Angestellten die Entscheidungen treffen, gerade wie es im Gaza-Streifen geschieht.“ Benvenisti bezeichnet das „Interimabkommen“ als „Kapitulationsabkommen“. Nach ihm wird die Westbank und Gaza ethnisch und nicht geographisch definiert. Neben den Palästinensern werden also weiter israelische Siedler leben, für die israelisches Recht gilt, die in ethnisch reinen Siedlungen unter sich leben und auf ethnisch reinen Straßen fahren werden. Die Palästinenser haben über die Siedler keinerlei Jurisdiktion oder polizeiliche Gewalt.

Der „Friedensprozeß“ ging von Anfang an von falschen Annahmen aus. So dachte man, daß erstens die Mehrheit der Palästinenser davon überzeugt werden könne, daß diese Abkommen

die Antwort auf ihre legitimen Rechte sind und sie sie deshalb akzeptieren würden und zweitens, daß Arafat in der Lage sein würde, die Opposition gegen die Vereinbarungen unter Kontrolle zu halten. Beide Annahmen haben sich nur begrenzt bewahrheitet. Das Dilemma, in dem sich Arafat befindet, ist offensichtlich. Je öfter er gegenüber den Forderungen und dem Druck Israels nachgeben muß, desto schwächer wird seine Position innerhalb der palästinensischen Gesellschaft und desto repressiver muß er gegen seine eigene Bevölkerung vorgehen. Aufgrund dieser heiklen Lage hat die Kritik der Opposition einige Plausibilität für sich. Sie wirft Arafat vor, „Israels neuer militärischer Arm und ein Instrument des Staates Israel“ zu sein.

Wenn Israel seine Vorstellungen in diesem „Friedensprozeß“ durchgesetzt haben wird, werden die Israelis 100 Prozent der palästinensischen Bevölkerung los sein, aber nur 30 Prozent des Territoriums. Gleich wie das palästinensische Gebilde auch aussehen mag, es wird „ein palästinensischer Staat sein“, so etwas zynisch der ehemalige Umweltminister Yosef Sarid.

Für Israel haben sich die Abkommen schon vielfach ausgezahlt. Das Land wurde aus seinem Paria-Status in der Region enthoben. Jordanien hat einen Friedensvertrag mit Israel geschlossen und der Golf-Kooperationsrat hat den Wirtschaftsboykott aufgehoben. Israel hat in Tunesien und Marokko Verbindungsbüros eingerichtet. Ende Oktober 1994 wurde Israel zur arabischen Wirtschaftskonferenz ins marokkanische Casablanca geladen; die Palästinenser waren hier nur Zaungäste. Auf dem Nahost-/Nordafrikanischen Wirtschaftsgipfel vom 29. bis 31.10.1995 in Amman zogen Israel und die PLO bereits an einem Strang, was die Einrichtung einer regionalen Entwicklungsbank anbelangte. Die EU hat am 20. November 1995 mit Israel ein Assoziierungsabkommen unterzeichnet. Was die EU fairerweise auch mit den Palästinensern tun sollte, da ihre Wirtschaft weiterhin von Israel stranguliert wird.

„Arafat errichtet
ein autoritär-
diktatorisches Regime.“

Was bleibt den Palästinensern?

Was bleibt für die Palästinenser, und was hat Oslo für Konsequenzen? Mit der Anerkennung Israels haben die Palästinenser die amerikanisch-israelische Dominanz im Nahen Osten anerkannt. Mit dem Abkommen werden die Rechte der Palästinenser, die in den letzten 20 Jahren von der internationalen Staatengemeinschaft anerkannt worden sind, als ein Problem des Völkerrechts aufgegeben und zu einer Frage von bilateralen Verhandlungen gemacht. Die PLO hat den Siedlungen eine Legitimität gegeben, die sie vorher nie hatten. Ihr Ausbau hat sich nach Oslo beschleunigt und wird auch unter Netanyahu verstärkt fortgesetzt. Die Palästinenser haben ihrer eigenen Bantustanisierung zugestimmt. Das Flüchtlingsproblem hat aufgehört, eine Frage des Völkerrechts zu sein, sondern muß bilateral geregelt werden. In direkten Verhandlungen werden die Amerikaner und Israel weiteren Druck auf die Palästinenser ausüben. Die palästinensische Gesellschaft ist auf dem Weg zu ihrer Militarisierung. Arafat errichtet ein autoritär-diktatorisches Regime. Die PLO hat sich von der amerikanischen Rhetorik eines „ehrlichen Maklers“ täuschen lassen, anstatt sie als eigene Macht mit eigenen Interessen zu sehen. Die PLO hängt zudem diplomatisch von Ägypten ab, hat sich von Syrien und dem Libanon entfremdet und steht im Wettbewerb mit Jordanien um die Gunst Israels. Arafat hat nur die Chance, immer rücksichtsloser die ihm von Israel vorgeschriebene interne Sicherheitsagenda gegenüber seiner eigenen Bevölkerung durchzusetzen, was auf Kosten der Demokratie und der Menschenrechte geht. Letztere bleiben bei diesem Prozeß auf der Strecke. Wenn Israel wirklich Frieden in der Region will, führt dieser nur über einen unabhängigen Palästinenserstaat und nicht über einen Bantustan. ◆